



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Brandt, L. O.: Chamberlains britische Reichspolitik : (Schluß)

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Truppe ist der Weg einfach unmöglich. Wollen die Russen kommen, so können sie nur von Ferghana aus über die Alaipässe, Kaschgar, Sarkand, Chotan und über das Westende des Kuen-Luen ins westliche Tibet eindringen; oder aber über die Pamirs durch Kaschmir nach dem obern Indus-tal, ebenfalls ins westliche Tibet. Das ist mit den außerordentlichsten Schwierigkeiten verbunden, und der Weg durch Kaschmir setzt schon den Kriegszustand mit England voraus. Mit andern Worten: Kommen die Russen nicht in Friedenszeit gleichsam auf Einladung der Tibetaner, so können sie gar nicht ins Land. Und eben dies haben die Engländer den Gegnern jetzt unmöglich gemacht. Denn sie werden wohl ihre neuen Klienten so zu bevorzugen und zu stärken wissen, daß sie entsprechende Zumutungen der Russen abzuwehren wissen.

Wenn nicht alles trügt, so ist gegen das Vordringen Rußlands nach Indien an dieser einen Stelle eine entscheidende Barriere errichtet. Die beiden andern bleiben freilich noch ganz ungenügend verteidigt.



## Chamberlains britische Reichspolitik

Von E. O. Brandt in Düsseldorf

(Schluß)



an kann gegen die Darstellung der englischen Wirtschaftsverhältnisse durch Chamberlain und seine Anhänger einwenden, daß sie die Lichtseiten übersehen. Wenn der Daily Telegraph seine Leser darauf aufmerksam macht, daß sich in England die geschätzten Einkommen von 1891 bis 1901 um zehn Prozent, in Preußen dagegen um vierzig Prozent vermehrt hätten, so muß man doch andrerseits nicht vergessen, daß in England die Summe der Einkommen, die der Einkommensteuer unterworfen sind, in den letzten fünfzig Jahren von 5400 Millionen auf 2,4 Milliarden Mark gestiegen ist. Die Einkommen aus dem Handel wuchsen von 5080 Millionen Mark im Jahre 1896 auf 6440 Millionen Mark im Jahre 1902. Das ist doch gewiß ein stattlicher Fortschritt. M. C. Theby hat in einer sehr lehrreichen Übersicht kürzlich den wirtschaftlichen Aufstieg Englands schematisch wie folgt dargestellt:

	1840	1870	1897
Bevölkerung . . . . .	100	121	150
Handel . . . . .	100	480	623
Schiffahrt . . . . .	100	322	957
Bergbau . . . . .	100	310	602
Textilindustrie . . . . .	100	252	360
Landwirtschaft . . . . .	100	120	105
Eisen- und Kurzwaren . . . . .	100	430	590
Öffentlicher Unterricht . . . . .	100	162	251
Staatseinnahmen . . . . .	100	140	185
Öffentlicher Wohlstand . . . . .	100	203	287
	1000	2540	4120

Man kann zugeben, daß diese Zusammenstellung sehr willkürlich ist und gerade die ungünstigen Entwicklungsverhältnisse möglicherweise, ja sicher in dem enthält, was sich nicht darin findet, immerhin zeigt auch sie doch Seiten, deren größte vielleicht der Stand der Staatsschulden mit 15 $\frac{1}{2}$  Milliarden Mark ist. Trotzdem bleibt die Warnung, die Chamberlain und vor ihm und mit ihm die von uns erwähnten politischen Gruppen so laut ertönen lassen, berechtigt, und wir haben vor einigen Wochen erfahren, daß der Schatzkanzler Austen Chamberlain bei der Vorlegung des neuen Budgets neue Einnahmequellen verlangte, u. a. eine Erhöhung der Einkommensteuer von elf auf zwölf Pence für jedes Pfund Sterling, des Teezolls von sechs auf acht Pence für das Pfund und eine andre Bemessung der Tabakzölle. Während Chamberlain der Vater gerade diese Zölle ermäßigen will, muß sie Chamberlain der Sohn erhöhen. Man kann natürlich auch mancherlei gegen die Wirkungen anführen, die sich Chamberlain von einem englischen Schutz Zoll verspricht, man kann darüber streiten, wer den Zoll zu zahlen hat, ob der Engländer oder der Ausländer, oder zu welchem Prozentsatz ihn der eine und der andre auf sich nehmen muß; man kann daran Betrachtungen über die Verteuerung der Lebenshaltung durch Zölle anknüpfen und sich fragen, ob es wirklich dauernd möglich sei, die Industrie durch solche Mittel hoch zu halten, ob man insbesondre der englischen Landwirtschaft durch Zölle helfen dürfe bei zugleich erfolglicher höherer Belastung, die dadurch der industrielle Arbeiter erfährt. Man kann darauf hinweisen, daß es unzulässig ist, wie das Chamberlain häufig tut, die Fortschritte der Union, eines Landes, das sich auf eine starke landwirtschaftliche Ausfuhr stützt, mit England zu vergleichen, das eine noch viel stärkere Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse notwendig hat. Man kann den Erörterungen Chamberlains über die Fähigkeit der Schutz zölle, die Löhne zu steigern, nicht mit Unrecht entgegenhalten, daß noch immer im Mittel der englische Arbeiter, soweit man das überhaupt feststellen kann, im Lande des Freihandels einen höhern Durchschnittslohn erhält als seine Genossen in dem schutz zöllnerischen Frankreich und Deutschland und dergleichen mehr. Alle diese Fragen sind von jeher von den Freihändlern zur Widerlegung der theoretischen und der praktischen Grundideen des Schutz zolls benutzt worden, sie werden auch heute in England ausgespielt, aber uns interessieren sie an dieser Stelle nur wenig. Wir beschäftigen uns mit den Chamberlainschen Plänen, als ob wir vor vollzogenen Tatsachen ständen, und da kann man über ihre Folgen etwas folgendes sagen.

Den Kolonien kommt es zunächst auf eine zollpolitische Bergünstigung für ihre Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse an, Getreide, Baumwolle, Wolle, Häute usw.; am liebsten würden sie, und zwar sie allein, diese Waren auch weiterhin zollfrei nach England bringen, dagegen machen aber die englischen Agrarier mobil, und mit einem kleinen Zollausschlag für koloniale Herkünfte, mit dem die Kolonien vielleicht einverstanden sind, werden sie sich sicher nicht zufrieden geben. Die Kolonien werden aber auch, soweit sie industriell entwickelt sind oder vor einer solchen Entwicklung stehn, bevorzugte Zölle für ihre Industriewaren verlangen, und das wird den Engländern schon unangenehm sein. Ferner wird die koloniale Industrie nicht ohne Bedenken sein, die eng-

lischen Industriewaren zu besonders niedrigen Zollsätzen über die Grenze zu lassen. Aber all das wird meiner Ansicht nach ohne große Schwierigkeiten durchzusetzen sein. Die Schwierigkeit liegt vor allem darin, wie sich die andern, außerhalb des englischen Kolonialreichs stehenden Staaten zu einem solchen großbritannischen mittelbaren Zollverein verhalten werden. Offenbar würden keine Schwierigkeiten entstehen, wenn England und seine Kolonien alles das, was sie brauchen, in ihren eignen Grenzen erzeugten, denn dann wären sie vom Auslande unabhängig, sie wären das, was man ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet nennt, was Fichte als geschlossenen Handelsstaat bezeichnete. So liegt die Sache aber nicht, sondern sowohl die englischen Kolonien wie England selbst sind stark auf das Ausland mit Einfuhr und Ausfuhr angewiesen. Den englischen Bedarf an Tee und Schafwolle könnten die Kolonien wohl decken, aber den einer ganzen Menge andrer Waren nicht, zum Beispiel liefern die Kolonien nur  $\frac{1}{6}$  des Weizens, nur  $\frac{1}{9}$  des Maises und des Weizenmehls,  $\frac{1}{33}$  der in England gebrauchten Baumwolle. Von den 191164000 Pfund Sterling Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Jahre 1902 deckten die englischen Kolonien nur 30195000 Pfund Sterling. 83 Prozent des Weizenmehls, 85 Prozent des Hafermehls, 70 Prozent der frischen Eier, 89 Prozent des Specks und Schinkens, 93 Prozent des Schmalzes kommen aus den Vereinigten Staaten nach England. Baumwolle würde voraussichtlich zollfrei bleiben, aber wegen der Getreideeinfuhr und der Einfuhr von Industriewaren aus außerkolonialen Ländern würde England in einen Zollkrieg mit diesen Ländern geraten oder doch die Bedingungen seiner eignen Industrieausfuhr verschlechtert sehen. Wenn Deutschland die 965 Millionen Mark Warenwerte, die es nach England im Jahre 1902 ausführte, verzollen muß, und zwar höher als die gleichartigen Waren aus den englischen Kolonien, so bedeutet das natürlich einen Bruch der jetzt zwischen beiden Ländern bestehenden Meistbegünstigung, und wenn Deutschland vielleicht auch keine besondern Kampfzölle auf die englischen Waren legte, so genügte doch schon das Versagen der durch die Handelsverträge andern Ländern gewährten Zollnachlässe, mit andern Worten, die Anwendung des autonomen Zolltarifs, um die englische Einfuhr nach Deutschland mit ihrem Werte von 610 Millionen Mark zu gefährden, und das ist doch eine bedenkliche Sache für ein Land, das so stark auf die industrielle Ausfuhr angewiesen ist wie England. Dieselben Verhältnisse würden für die übrigen Länder eintreten, nach denen England und seine Kolonien Waren ausführen; das zeigt uns der Zollkrieg Deutschlands mit Kanada, der nur deshalb entstanden ist, weil Kanada Deutschland die Meistbegünstigung nicht mehr in vollem Maße gewährte, sondern England bevorzugte. Die Vereinigten Staaten haben allein eine Lebensmittelausfuhr nach England von 1200 Millionen Mark (1901) zu verteidigen; ihre Gesamtlieferungen an England betragen 1903: 543 766 877 Dollars, die Lieferungen Englands an die Union dagegen 176 723 465 Dollars.

Hier liegen also große Schwierigkeiten für die Durchführung der großbritannischen Vorzugszölle, Schwierigkeiten, die, nebenbei bemerkt, nicht entstehen würden, wenn Großbritannien ein Zollverein nach deutschem Muster mit voll-

ständiger innerer Zollfreiheit würde, woran aber kaum zu denken ist. Und an diese Bedenken knüpfen selbstverständlich die Gegner des ganzen Plans an, indem sie sagen, der ganze Kraftaufwand ist überflüssig, es ist nicht notwendig, uns in Kampf mit aller Welt zu stürzen, denn ohnehin wächst die englische Ausfuhr nach den Kolonien viel stärker als die nach andern Ländern, ja sie wächst überhaupt allein. Und daß das richtig ist, ergibt die oben mitgeteilte Statistik. Chamberlain und seine Anhänger dagegen sagen sich offenbar, wenn das Ziel auch noch nicht erreicht ist, wenn auch das Mutterland und die Kolonien vom Auslande noch nicht unabhängig sind, so ist imperial reciprocity das beste Mittel, ihm möglichst schnell nahe zu kommen. Geht schon die natürliche Entwicklung auf innigere Handelsbeziehungen zwischen England und seinen Kolonien hinaus, so sind wir um so mehr berechtigt, diese Entwicklung mit künstlichen Mitteln zu fördern. Vor Zollkriegen fürchtet sich Chamberlain angeblich nicht, und seine Presse bemüht sich nachzuweisen, daß weder Deutschland noch die Vereinigten Staaten solche mit Erfolg würden führen können. Die Vorzugszölle sollen die Vollendung des geschlossenen Wirtschaftsgebiets gerade beschleunigen. Das ist freilich nicht leicht, da in der Übergangszeit Kapital und Unternehmung vielfach in ganz neue Bahnen geleitet werden müssen, der Handel sich ganz anders einzurichten hat. Das kostet viel Zeit und viel Geld. Bedenklich wäre auch die Sachlage für die Kolonien, die unter der Herrschaft der großbritannischen Vorzugszölle mehr als jetzt und bei entstehenden Zollkriegen vielleicht allein auf England und die andern Kolonien als Absatzgebiet angewiesen, von der ganzen andern Kulturwelt, wenigstens von den hauptsächlichlichen Verbrauchern aber mehr als heute oder ganz abgeschlossen wären. England selbst kann die gewaltige Erzeugung dieser Länder kaum aufnehmen. Die andern Kolonien aber sind erst recht nicht sehr aufnahmefähig für die Erzeugnisse ihrer Schwesterkolonien, die gleich ihnen Ackerbauländer sind, höchstens Kanada und Indien mit ihrer Industrie und auch sonst vielfach abweichenden Existenzbedingungen hätten davon den Vorteil. Wenn die Kolonien dennoch eine solche Zollpolitik unterstützen, so tun sie das aus dem Grunde, weil sie später dann ein garantiertes, von außenstehendem Wettbewerbe freieres Absatzgebiet in dem großbritannischen Zollbunde zu haben hoffen.

Eine weitere wichtige Folge des Zollbundes wäre die starke Beeinträchtigung des englischen Zwischenhandels. Ein großer Teil der nach England eingeführten Waren des Kontinents geht bekanntlich weiter nach den Kolonien oder dem Auslande durch englische Vermittlung, mit englischen Schiffen, und man berechnet den Gewinn, den England jährlich aus seiner Reederei zieht, auf 90 Millionen Pfund Sterling. Wird England schutzöllnerisch, so fällt dieser Zwischenhandel zum großen Teile weg; er würde die englische Zollgrenze meiden und unmittelbar das nichtenglische oder vielleicht auch das englische Ausland aufsuchen. Das wäre für die Engländer sehr schmerzlich, für unsere eigne Handelsflotte aber sehr erfreulich. Der englische Zollbund würde also die Schifffahrtentwicklung der fremden Länder, besonders die Deutschlands, sehr fördern. Freilich geht dieser Zwischenhandel ohnehin England von Jahr zu Jahr dank der großen Rührigkeit unserer deutschen großen Dampfschiffahrt-

gesellschaften und nicht infolge von Subventionen des Staates, wie Chamberlain fälschlich behauptet, mehr verloren.

Wir haben vorhin erwähnt, daß Chamberlain auffallenderweise die Absichten eines politischen Zusammenschlusses des englischen Weltreichs ganz in den Hintergrund zurücktreten lasse. Bei der Klugheit dieses Mannes muß das seine Ursachen haben, und sie sind nicht schwer einzusehen. Bei dem politischen Verhältnis, worin die Kolonien zum Mutterlande stehn, fühlen sie sich sehr wohl. Sie haben sehr wenig Lasten und Kosten für Heer und Marine, diese überlassen sie vielmehr dem Mutterlande, dagegen genießen sie einen starken militärischen und politischen Schutz und eine fast unumschränkte Freiheit des wirtschaftlichen und des politischen Handelns, sodaß eine Londoner Zeitung einmal nicht mit Unrecht sagte, die Kolonien handelten nach dem bequemen Prinzip, daß man sie in Ruhe lassen solle, wenn es ihnen gut geht, und ihnen helfen müsse, wenn sie in Schwierigkeiten geraten. Wenn dies auch in der neuesten Zeit nicht mehr für alle Kolonien zutrifft, wie wir nachher sehen werden, so ist es doch im wesentlichen noch richtig, und Chamberlain hat ganz Recht, wenn er diese heikle Frage vorläufig beiseite läßt. Für den wirtschaftlichen Zusammenschluß ist ein Teil der Kolonien zu haben, für den politischen noch nicht. Chamberlain sagt sich mit einem ausdrücklichen Hinweis auf die Geschichte des Deutschen Zollvereins: ist jener durch imperial reciprocity nur erst erreicht, so kommt dieser ganz von selbst. Ob das zutrifft, ist eine andre Frage; man kann mit demselben, vielleicht mit noch größerem Rechte sagen, die Handelspolitik muß nach den Zwecken des Imperiums eingerichtet werden, und darum sollte dieses das erste Ziel sein. Mag dem sein, wie ihm wolle, Chamberlain läßt den Gedanken des politischen Zusammenschlusses immer nur ganz leise durchschimmern, und dabei mag die Warnung mitwirken, die Salisbury 1902 mit den von einer langen Erfahrung gestützten Worten aussprach: „Es gibt für die Zeit, die vor uns liegt, keine ernstere Gefahr, als den Versuch, die verschiedenen Teile des Reichs in eine gegenseitige Unterordnung und Abhängigkeit hineinzuzwingen, für die sie noch nicht reif sind. Dadurch könnte leicht eine Reaktion zugunsten des alten Zustandes hervorgerufen werden. Wenn wir geduldig sind und behutsam zu Werke gehn, so haben wir noch eine ungeheure Mission zu erfüllen; überstürzen wir uns aber, so mag uns das Gegenteil einer solchen Mission beschieden sein. Dann könnten leicht die Kräfte, die zum Errichten des großen Baues des künftigen Reichs notwendig sind, widerstrebende Richtung annehmen“ (Kreuzzeitung Nr. 201, 1904).

Wir sehen also, bei den Chamberlainschen Zollplänen gibt es mancherlei „Wenn“ und „Aber“ zu bedenken, aber wir dürfen nicht daraus schließen, daß sie damit zu Fall gebracht würden. Nur eins darf man in England nicht vergessen. Schutzzölle schaffen aus sich keine Werte und keine Macht, sie sind ein Mittel der Volkswirtschaftspolitik, das nur wirksam werden kann, wenn im Volke selbst die nötige Energie sitzt. Darum ist der englischen Industrie mit Schutzzöllen allein nicht geholfen, sondern sie selbst muß sich zu tatkräftiger Arbeit aufraffen, muß sich fast eine neue Organisation der Arbeit in vielen Industriezweigen schaffen. Wie wenig man in der englischen Industrie mit der

Zeit fortgeschritten ist, habe ich vorhin schon nebenbei erwähnt, ich möchte es an dieser Stelle an einem Beispiel erläutern. Die frühere Herrschaft der englischen Eisenindustrie beruhte auf dem dichten Beieinanderliegen von Kohlen, Eisen und Kalkstein, aber die englischen Eisenerze, die zudem im Cleveland-Bezirk liegen, nehmen an Ergiebigkeit schnell ab. Während vor dreizehn Jahren nur etwa 20 Prozent der Erze eingeführt wurden, so heute etwa 50 Prozent. Der Eisengehalt der englischen Erze, der ohnehin sehr groß war, sinkt stark. Es fehlt zwar nicht an unangebauten Erzfeldern, aber die Privatbahnen in England halten die Frachten so hoch, daß die Erze nicht zu den Koks und diese nicht zu den Erzen kommen können, wenn man auf rentablen Betrieb Rücksicht nimmt. Die Verhüttung der starken Erzeinfuhr, die sich allmählich entwickelt hat, stößt nun auf andre Schwierigkeiten. Während man sich in Deutschland, Frankreich und andern Ländern wohlweislich auf die Verhüttung sowohl phosphorarmer als phosphorreicher Eisenerze eingerichtet hat, ist die Verhüttung phosphorreicher Erze in England vollständig zurückgeblieben. Nur etwa 10 Prozent der Flußeisenerzeugung werden mit dem basischen Verfahren gewonnen. Da nun aber die phosphorarmen Eisenerze, auf die die englische Hüttenindustrie in der Hauptsache angewiesen ist, immer feltner werden, so beeinträchtigt das natürlich die Wettbewerbsfähigkeit Englands auf dem Weltisenmarkte sehr. Dazu kommt die geringe Fassungskraft der englischen Hochöfen. Während in Deutschland die durchschnittliche tägliche Leistung eines Hochofens 200 bis 275 Tonnen beträgt, kommt man in England auf 80 Tonnen.

Schließlich hat sich die englische Eisenindustrie nicht die Darstellung des Rohstoffs in eigenem Betriebe angegliedert. Während unsre deutschen und die amerikanischen großen Hüttenwerke fast alle eigne Kohlenzechen und Kalksteinbrüche, vielfach auch eigne Erzgruben haben und das gewonnene Eisen zu Halbzeug selbst verarbeiten, ist in England noch jeder dieser Betriebe in einer andern Hand. Es leuchtet aber ein, daß diese Zusammenfassung der verschiedenen Rohstoffbetriebe für die Roheisendarstellung und der Halbzeugfabrikation in einer Hand gewaltige Vorteile hat, besonders billiges Arbeiten ermöglicht, Verluste in einen Betriebe gegen Gewinn im andern Betriebe ausgleicht, und darauf kommt heute alles an. Abgesehen hiervon ist der englische Bergbau technisch durchaus rückständig.

Wir sehen also an diesem Beispiel, daß die englische Industrie, auch wenn sie Schutzzölle erhält, noch gar sehr an sich selbst arbeiten müßte, bevor sie wieder auf der Höhe wäre, und ob diese im Eisengewerbe überhaupt wieder erreicht werden kann, ist sehr die Frage.

Aus andern Industrien könnte man ähnliche Beispiele anführen. Bernstein teilt aus einem vom britischen Handels- und Gewerbeamt 1903 veröffentlichten Blaubuche interessante Ziffern mit. Das Blaubuch weist die Bewegung der in fünfzehn wichtigen Gewerbegruppen Beschäftigten in den Jahren 1851, 1891 und 1901 nach, und zwar für das Baugewerbe, die Kohlengewinnung, Eisen- und Stahlindustrie, Maschinenindustrie und Schiffbau, Schneiderei, Buchdruck und Buchbinderei, Möbelfabrikation, Steingut- und Glaswarenindustrie, Landwirtschaft, Leinen- und Seidenindustrie, Stickerie, Wollenindustrie, Schuhwaren-

fabrikation, Baumwollindustrie. In diesen Gewerben betrug die Zahl der Beschäftigten 1891: 4245550, 1901: 4572151 Personen. Sie hätte gemäß einem Bevölkerungszuwachs von zwölf Prozent in dieser Frist 1901 betragen müssen etwa 4750016. Es ist also ein relativer Rückgang von 178000 Personen zu verzeichnen. In der Landwirtschaft waren beschäftigt 1851: 1904687, 1901: 988340 Personen; in der Leinenindustrie 27421 und 4956, in der Seidenindustrie 130723 und 39035, in der Stickerie 61726 und 39439 Personen. Die Baumwollindustrie zeigte von 1851 bis 1891 eine Zunahme von 414998 auf 605755 Personen, von da bis 1901 eine Abnahme auf 582119 Personen. In einer Reihe von Industrien und gerade in der Textilindustrie ist die Abnahme zum Teil sicherlich auf Rechnung der Beseitigung der Kinderarbeit zu setzen, auch mag die Güte und Verfeinerung der englischen Waren in dieser Zeit beträchtliche Fortschritte gemacht haben, und man kann sagen, dieses Teilbild der englischen Industrie gibt vielleicht kein ganz zutreffendes Bild, in andern Industrien hat sich die Entwicklung vielleicht anders vollzogen, all das hebt aber die Beweisraft dieser charakteristischen Zahlen nicht vollständig auf. Sie dienen vielmehr zur Unterstützung unsrer oben gemachten allgemeinen Ausführungen.

Für Deutschland bedeuten englische Schutzzölle in Verbindung mit einer gegenseitigen zollpolitischen Bevorzugung im britischen Kolonialreich ohne Zweifel eine Einschränkung des Absatzgebiets und würden uns deshalb nicht willkommen sein. Aber man darf die Sache auch nicht zu pessimistisch betrachten. Die deutsche Industrie hat die hohen Schutzzölle Rußlands, Österreichs, vor allem der Vereinigten Staaten wenigstens zum Teil zu überwinden vermocht, sie wird auch gegen englische Schutzzölle nicht ohne Erfolg ankämpfen, zumal da der Wettbewerb, der unsrer Industrie durch die Kolonien in England selbst gemacht werden kann, vorläufig nur gering ist. Wir wollen uns um so weniger in zu starke Befürchtungen versenken, als wir ja noch gar nicht wissen, wie groß die Zollbevorzugung sein wird, die England den Kolonien und umgekehrt gewährt. Wenn die Balfourschen Pläne durchdringen, der eingestanden die Schutzzölle zur Erlangung günstiger Handelsverträge und zwar Tarifverträge mit andern Ländern benutzen will, so würden wir erst recht keine große Sorge zu haben brauchen. Und wir wollen auch nicht vergessen, daß wenn Großbritannien ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet wird, wenn sich England und seine Kolonien gegenseitig alle Waren liefern werden, notwendig Großbritannien auf andern Absatzmärkten nicht mehr mit einem so starken Warenangebot auftreten wird, wie das jetzt der Fall ist. Großbritannische Vorzugszölle, vor allem ein großbritannischer Zollverein bedeuten also für Deutschland freiere Bahn und größere Gewißheit einer Ausdehnung der Geschäfte (Arndt). Von den Vorteilen, die unsrer Handelsflotte aus dieser Entwicklung der Dinge erwachsen können, habe ich schon oben gesprochen. Für die Landwirtschaft könnte sie allerdings recht bedenkliche Folgen haben. Einmal würden die englischen Zölle die deutsche Hopfenausfuhr, die Schlachtvieh-, Wein- und Butterausfuhr u. a. empfindlich treffen, aber sie würden auch ganz allgemein auf dem Getreidemarkte sehr gespürt werden. Die getreidebauenden Länder werden einmal nicht darauf ver-

zichten wollen, ihre Erzeugnisse in England unterzubringen, und daraus könnte sich ein Preiskrieg entwickeln, der vielleicht (sicher ist das nicht) den Weltmarktpreis für Getreide beeinflusste, andrerseits wird aus dem für koloniales Getreide unbeschränkt offenen und bevorzugten englischen Markte für die Kolonien der Anreiz hervorgehen, nun auch dem ganzen Bedarf dort zu genügen, und das würde zu einer schnellen Vermehrung der Getreideerzeugung in den englischen Kolonien, vor allem in Kanada mit seinen ungemessenen Strecken noch jungfräulichen Bodens führen, die abermals auf die Preise drücken muß, die ohnehin nicht gut sind.

Ohne Zweifel hat in England eine Revolution der wirtschaftlichen Anschauungen eingesetzt, die nicht ganz ergebnislos verlaufen wird, wenn wir auch noch nicht vorherzagen können, zu welchem Ziele sie gelangt, ob sie die Chamberlainschen Hoffnungen und damit das Programm der United Empire Trade League verwirklicht, ob sie zu einem engeren politischen Zusammenschlusse Großbritanniens führt, oder ob diese Pläne nur teilweise ausgeführt werden. Vorläufig haben die Parlamentswahlen in der letzten Zeit nicht für, freilich auch wiederum die jüngsten Verhandlungen im englischen Unterhause nicht gegen Chamberlain entschieden.

Wir haben schon erwähnt, daß sich die imperialistische Bewegung im allgemeinen unabhängig von den englischen Parteien entwickelt hat. Die größten englischen Zeitungen und die Unionisten stehn ziemlich geschlossen auf ihrem Programm, die Liberalen dagegen nur teilweise, und diesen ist offenbar noch nicht klar geworden, oder sie haben die Einsicht aus Parteinteresse bisher unterdrückt, daß sich der Imperialismus mit ihren liberalen Grundsätzen nicht verträgt. Da nun aber bei allen Engländern die Überzeugung durchgedrungen ist, daß man zu den gekennzeichneten Problemen eine feste Stellung einnehmen, daß das englische Weltreich auf die eine oder die andre Weise aus den jetzigen unhaltbaren Zuständen herausgerissen werden müsse, so haben wir von der Bestimmtheit, mit der Chamberlain seine Forderungen formuliert hat und vertritt, bei den nächsten Wahlen allmählich eine neue Parteigruppierung zu erwarten. Und mit der Stellung zum Imperialismus ist eine solche zu allen möglichen Fragen der innern Politik unlösbar verbunden, worauf wir oben schon hingewiesen haben an der Hand einer Bemerkung von Hewins. Dieser führt aus, daß die Verwirklichung der Ziele der Imperial Federation League auch zu einer Umgestaltung des staatlichen Finanzwesens, zu einer systematischen Verkehrs politik, zu einer Unterrichtsreform vor allem auf technischem Gebiete und zu weiteren sozialpolitischen Maßnahmen führen müsse. Ein festes Programm über alle diese Dinge ist noch nicht vorhanden, aber wenn es einmal vorhanden ist, wird es voraussichtlich mindestens auf den Bestand der liberalen Partei einen tiefen Einfluß ausüben. Ohne Zweifel wird es bei einer solchen neuen Parteigruppierung sehr auf die Haltung der englischen Arbeiter ankommen, die aber vorläufig noch keine Neigung zeigen, sich Chamberlain anzuschließen. Sowohl der letzte Genossenschaftskongreß zu Doncaster als auch die Gewerksvereine in ihrer Zusammenkunft im September 1903 zu Leicester haben sich gegen englische Schutzzölle ausgesprochen. Dasselbe haben die Ver-

treter der Bergleute und der größte Teil der Sozialisten getan. Die Gewerksvereine haben beschlossen, eine Zeitung zu gründen, die in mehreren Millionen Exemplaren unter den Arbeitern verteilt werden und die Pläne Chamberlains bekämpfen soll.

Daraus darf man aber keineswegs schließen, daß Chamberlain oder sagen wir einmal allgemein der Schutzzollgedanke in Arbeiterkreisen gar keine Anhänger finde. Die Berichte von Bernstein und Schippel über die Stellung der englischen Arbeiter zu Chamberlain sind hierfür drastische Belege. Die Gewerksvereiner erkennen offen an, daß England mehr als den ihm gerechterweise zukommenden Teil an der Weltindustrie habe; man möge nur einmal die 180 Millionen Pfund Sterling, die das englische Volk jährlich für Spirituosen, die 70 Millionen für den Krieg, die 50 Millionen Pfund Sterling für die Pferderennen und Wetten ökonomischer verwenden, dann brauche man keine Nahrungsmittelbesteuerung, keine Schutzzölle und keinen Reichszollverein. Aber auch die Gewerksvereiner sprechen es aus, daß sie mehr als bloß Freihändler sind. Der sozialdemokratische Bund betont diesen Gedanken viel schärfer, auch er erklärt sich gegen Chamberlain, aber seine Flugschriften und die der Fabian Society wenden sich viel energischer gegen den Freihandel als gegen diesen Staatsmann. Das sozialistische Wochenblatt *The Clarion* und die Fabian Society treten offen für den Schutzzoll ein. Es fällt zunächst nicht so sehr ins Gewicht, daß die Sozialdemokraten selbstverständlich die Gelegenheit benutzen, um die Unfruchtbarkeit des einen wie des andern ökonomischen „Systems“ nachzuweisen und demgegenüber ihr eignes Programm als das wahre Heilmittel anzupreisen, das für uns wichtigste ist, daß die Arbeiterführer in England nicht geschlossen gegen Chamberlain stehn, und es ist immer noch sehr die Frage, ob in einem heißen politischen Kampfe die Arbeitermassen den Führern folgen werden, die sich jetzt gegen Chamberlain erklärt haben. Gerade bei den Gewerksvereinen, bei denen die Fragen der Handelspolitik immerhin nur mittelbar zum Programm gehören, kann man darüber sehr zweifelhaft sein. Es ist unwahrscheinlich, daß die englischen Arbeiter ganz vergessen haben sollten, wieviel Chamberlain in seinem langen Leben für sie getan hat. Der Eindruck seiner ganzen Lebensanschauung kann unmöglich spurlos an ihnen vorüber gegangen sein. Ein großer Teil von ihnen dürfte deshalb für seine Politik eintreten, zumal da er ihnen eine Lohnerhöhung versprochen hat. Ob das unmöglich ist, wie die Freihändler behaupten, untersuchen die Arbeitermassen nicht; sie sind nicht gewohnt, volkswirtschaftliche Probleme zu studieren, sondern die Ergebnisse dieser Studien dem zu glauben, zu dem sie Vertrauen haben.

Daß wir mit dieser Vermutung nicht ganz Unrecht haben dürften, beweist das Zeugnis Max Schippels, des deutschen Sozialdemokraten, der auf die Frage: Wie weit hören die Massen auf diese Stimmen (der Führer), folgendes antwortet: „Bei dem Fehlen einer weitverbreiteten selbständigen Arbeitertagespresse wird man kaum feste Anhalte dafür haben können. Denn Resolutionen von Meetings und selbst von Kongressen sagen in England viel mehr über Redner und Einberufer, als über die Zuhörer, selbst wenn diese am Ende gern ihren Beifall bezeugt und ihre Hand pflichtschuldig aufgehoben haben. Ich erinnere

nur an die Erfahrungen beim Burenkrieg und mit dem Imperialismus. Die förmlichen Beschlüsse lauteten fast immer gegen den Krieg und gegen die imperialistische Vorwärtspolitik. Nach den Wahlen jedoch vertraten gerade die sachkundigsten Parteiberichterstatter die Meinung, daß auch die Arbeitermassen offenbar von der imperialistischen Strömung mit fortgerissen worden seien, jedenfalls in viel stärkerem Maße, als zuvor allgemein erwartet worden war.“

Gerade darin liegt die Stärke der Agitation Chamberlains, daß er sie bewußt ebenso wie seinerzeit Cobden außerhalb des Parlaments und der Regierung verlegt hat, um so durch die Herbeiführung unmittelbarer Volksäußerungen einen starken Druck auf beide auszuüben. Die im Parlamente gegenwärtig nur mit fünf Abgeordneten vertretenen Arbeitermassen gewinnen bei dieser Form der politischen Arbeit natürlich ungeheuer an Wucht, und darum ist es so wichtig, ihre Anschauungen und die Möglichkeiten ihres Verhaltens eingehend zu prüfen.

Die imperialistische Bewegung ist keine Einzelerrscheinung auf englischem Boden, wie wir das schon in dem früheren Aufsatze über die Zollvereine nachgewiesen haben. Neuerdings hat Professor Dr. Marcks in seinem trefflichen Vortrage über die imperialistische Idee in der Gegenwart (Dresden, Gehe-  
stiftung) hervorgehoben, daß die großen Reiche der Kulturvölker — und zu diesen müssen wir heute auch Rußland rechnen, obgleich das fast ein Widerspruch in sich zu sein scheint — auf die Herstellung wirtschaftlich-politischer Körper ausgehen, die sich selbst genügen. Es tritt in diesen Bestrebungen ein Zug zur Organisation im großen, die enge Verbindung alles Wirtschaftlichen mit politischer Macht, die ungeheure Verstärkung des Gewichts der staatlichen Gesamtheit gegenüber allem Leben hervor. Die Zeit der freien Bewegung der Kräfte ist auch in diesem Sinne vorüber. Und der auffälligste ideale Zug in der Idee des Imperialismus ist die starke Erhöhung der Staatsmacht. Von England, von dem englischen empire ist der Ausdruck Imperialismus hergenommen, und England ist offenbar auch berufen, die Kämpfe, die sich um die Verwirklichung dieser Gedanken entspinnen, am ernstesten auszufechten. Die Zeit, wo der englische Liberalismus seine Parole „Los von den Kolonien“ aufstellte, wo er und Chamberlain selbst mit ihm ernstlich daran dachte, diese überseeischen Besitzungen als einen Ballast, der nur die englische Politik in unangenehme Verwicklung treibe, fallen zu lassen, ist vorbei. Der nationale Stolz der Engländer auf eine große Geschichte, die Erkenntnis von der Bedeutung dieser Kolonien als wichtiger Stützpunkte der politischen und der wirtschaftlichen Macht hat gesiegt; nicht plötzlich, sondern langsam, aber sicher. Diese Anschauungen wurden vorbereitet durch die Literatur. „Schon die Romantik Disraelis hatte die Phantasie auf den Erdbreis hinausgelenkt, dem Weltreisenden Dilke folgten die Historiker und warnten vor Zersplitterung. Froude, Seeley wirkten als Prediger vom historischen Stuhle herab, wie bei uns die Generation Sybels und Treitschkes. Der wirtschaftliche Liberalismus in seinen sozialen und moralischen Folgen fand seine Gegner in Southey und Coleridge, in Carlyle und Ruskin, in Stuart Mill. Und schwerlich wird man den Wert dieser geistigen Vorarbeit für die Bedeutung der jetzigen im-

perialistischen und antireihändlerischen englischen Politik übertreiben können. Der Gedanke des Staates und seiner Macht stieg leuchtend in diesen Erörterungen wieder empor.“ (Marcks.)

In diesen Bahnen wandelt Chamberlain, der Großkaufmann aus Birmingham, der Vertreter der mitttelenglischen Industrien, der ein Menschenleben lang die Erfahrungen für die von ihm begonnene Propaganda gesammelt hat. Wenn ich vorhin die Bedenken gegen die Durchführbarkeit seiner Reformideen vorgeführt habe, so muß man nunmehr auch entgegenstellen, daß gerade die Kolonien am lautesten die wirtschaftspolitische Reform fordern; daß nicht nur Neuseeland, Kanada und die Kapkolonie dem Mutterlande schon Vorzugzölle eingeräumt haben, ohne daß England mit denselben Zugeständnissen geantwortet hätte; daß die Kolonien ihre Beiträge zu der Waffenmacht Englands — wenn auch noch ganz ungenügend — so doch immerhin neuerdings erhöht haben, Australien auf 200 000, Neuseeland auf 40 000, die Kapkolonie auf 50 000, Natal auf 35 000, Neufundland auf 3000 Pfund Sterling, daß diese Kolonien zum Teil im Burenkriege Hilfskorps gestellt haben. Man ist allerdings in England mit diesen kolonialen Vorzugzöllen keineswegs zufrieden. Der Umstand, daß sie in der Kapkolonie nur mit einer Stimme Mehrheit vom Parlament angenommen wurden, zeigt, daß die Neigung, dem Mutterlande auf diesem Wege entgegenzukommen, immerhin noch von vielen nicht geteilt wird, und in einem Kapland, wo nicht die Nachwehen des Krieges noch gespürt würden, wo nicht England von London aus noch einen starken Druck ausübte, wären die Beschlüsse vielleicht anders ausgefallen. Von den Vorzugzöllen Südafrikas behauptet man wohl etwas voreilig, sie hätten die Wirkung einer Verdrängung fremden Wettbewerbs nicht ausgeübt. Gegen den kanadischen Vorzugtarif führt man an, daß er Großbritannien 1903 nur eine zollfreie Einfuhr von 16,6 Millionen Dollars gewährt habe, der Union dagegen eine solche von 69,01 Millionen Dollars. Während an der zollpflichtigen Einfuhr Großbritannien einen Anteil von 30,8 Prozent, die Union einen solchen von 50 Prozent gehabt habe, betrage bei der zollfreien Einfuhr das Verhältnis 17,5 zu 71,2 Prozent. Ein wahrer Vorzugtarif aber müsse das entgegengesetzte Ergebnis haben. Die Vorzugbehandlung Neuseelands könne deshalb keinen Nutzen bringen, weil die Einfuhr, bei der sie angewandt werden könne, nur 2 Millionen Pfund Sterling betrage gegenüber einer Gesamteinfuhr von 12 Millionen Pfund Sterling.

Das englische Blatt, das diesen Klageschrei ausstößt, bevor überhaupt eine so lange Zeit vergangen ist, daß die Vorzugtarife in Südafrika und in Neuseeland genügend wirken können, verlangt offenbar zuviel. Schließlich kommt auf den augenblicklichen Vorteil, den diese Tarife gewähren, gar nicht so viel an, da man sie jeden Augenblick anders und für England günstiger gestalten kann. Das wichtigste und ausschlaggebende ist die Annahme des Grundsatzes, England eine bevorrechtigte Stellung im Zolltarif einzuräumen. Kein Wunder, daß Chamberlain aus diesen Anzeichen eine große Siegesgewißheit schöpft und durch seine eigne feste Überzeugung auch andre mit fortträgt. Schließlich bricht das Feuer seiner Begeisterung nur aus der ersten

Überzeugung von der nie wankenden Zukunft Englands, und wir wissen aus der Geschichte, daß eine solche Überzeugungsfreudigkeit zu großen Dingen befähigt und ganze Völker zum Siege oder Untergang reifen kann. Welches von beiden in unserm Falle eintritt, kann nur die Geschichte der nächsten zwanzig Jahre entscheiden.



## Die Sage vom Strandsegen und das Strandrecht an der deutschen Küste

Von Ludwig Kemmer in München

(Fortsetzung)



Es gelang den preußischen Fürsten, ihren Strand fast ganz von dem Makel des Strandrechts zu reinigen. Die Bedeutung ihrer Tätigkeit ist jedoch größer. Sie milderten und beseitigten durch Verträge die Handhabung des barbarischen Brauches auch an der Küste benachbarter Staaten. Allerdings sahen sie sich im Kampfe mit dem Strandrechte bisweilen gezwungen, die nicht von allen Nachbarn durch Entgegenkommen belohnte Humanität ihrer Strandgesetze einzuschränken und das Strandrecht anzuwenden, um rückständige Staaten durch die Retorsion zur Aufgabe ihrer Strandrechtsbräuche zu veranlassen. Die Durchführung der trefflichen Strandgesetze wurde besonders an der Küste der Provinz Preußen dadurch gesichert und gefördert, daß der Strand des Bernsteinregals wegen besonders sorgfältig überwacht wurde, und nach der Bernsteinordnung vom Jahre 1693 nicht nur die Strandreiter und die Strandbauern, sondern auch deren Kinder einen Eid leisten mußten, der sie zur Meldung aller am Strande gefundenen Güter verpflichtete. Was sich der Seemann dieser Zeiten an Strandsicherheit und Hilfe in Strandungsnot wünschte, erhielt er an der altpreußischen Küste.

Daß trotz der Strenge, mit der die preußischen Fürsten über ihrem Strande wachten, vereinzelte Fälle von Stranddiebstahl und Strandraub vorkamen, kann man natürlich nicht bestreiten. Und dafür, daß einzelne Orte an der pommersehen und preußischen Küste vor andern des Strandraubes bezichtigt wurden, sorgte schon die Mißgunst, die so häufig aus kleinen Zwistigkeiten zwischen Nachbarorten entsteht und die Sagenbildung beeinflusst. In diesem Falle brauchte ja nur in das Sagenformular von den Strandbewohnern, die ein Nachbar durch den Ruf „Schepp upn Strand!“ zur Erleichterung des himmlischen Pförtners aus dem Himmel lockt, der Name eines mißliebigen Nachbarortes eingesetzt zu werden, und die Sage blieb an diesem Orte haften.

Eines aber dürfte sich aus dem Überblick über die alten preußischen Strandgesetze ergeben: Wo eine das Strandrecht ausschließende Strandungsordnung immer und immer wieder den Strandbewohnern eingeschränkt, häufig